

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

26. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.10.2008
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin, 1. Etage, Puschkin-Zimmer (Raum A 105)

Anwesende:

Meier, Doris	SPD	Vertretung für: Knörr, Sabine
Finger, Jutta	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Khalil, Nader	CDU	
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Ahrens, Jens Holger	AWO Kreisverband Südost e.V.	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk Neu- kölln-Oberspree e.V.	
Tamer, Burak	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	JugDez 1
Schreiner, Josef	Jug FS L
Pade, Hans-Joachim	Jug 2 L
Neander, Irina	Jug FS 12

Gäste:

Zander, Martina	Jugend- und Sozialwerk gGmbH
Büthker, Frauke	IBBC e.V.
Potschka, Anita	EJF Lazarus
Harzmann, Janine	
Coskun, Hatice	
Jakobi, Sandra	

Abwesende:

Knörr, Sabine	SPD	entschuldigt
Schwarzer, Christina	CDU	unentschuldigt
Haese, Axel	Human. Verband	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	entschuldigt
Bemfert, Astrid	BEA Neukölln	unentschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste und stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist. Sie eröffnet die 26. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Herr Albrecht ist als Mitglied aus dem JHA ausgeschieden, Frau Pohl tritt an seine Stelle.

zu 1 Protokoll der 24. Sitzung

Es gibt keine Änderungsvorschläge, sodass die Mitglieder dem Protokoll der 24. Sitzung in der vorliegenden Fassung zustimmen.

zu 2 Kiez AG

Die Vertreter der Kiez-AG haben keine Mitteilungen.

zu 3 Vorstellung der Initiative Rudow

Frau Büttner stellt die Initiative Interaktion Demokratie Rudow vor. Die Initiative wird durch „kompetent. Für Demokratie“ gefördert und hat Mitte September die Arbeit aufgenommen. Anlass gaben die Anschläge auf Wohnhäuser migrantischer Familien in Rudow. In Kooperation mit dem Jugendamt und der mobilen Beratungsstelle gegen Rechts soll mit dieser Initiative ein Signal gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit gesetzt werden.

Der Träger ist das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum. Begonnen wird mit einer Anwohnerbefragung mit Schwerpunkt im Blumenviertel. Gleichzeitig wird eine Broschüre erstellt und verteilt, die anregen und unterstützen soll, tätig zu werden.

Frau Büttner bittet die Mitglieder des JHA um Unterstützung bei der Akquise von Experten, die darüber berichten können, wie sie die Situation wahrnehmen und welche Entwicklung ihnen in den letzten Jahren aufgefallen ist. Zudem werden Helfer beim Infostand für die Zeit vom 15.11. bis 06.12.2008 gesucht, die für Gespräche mit den Rudowern und Diskussionen zur Verfügung stehen.

Im November beginnt eine Öffentlichkeitskampagne mit kleinen Slogans des „Berliner Ratschlag für Demokratie“ an Litfaßsäulen und BVG-Buslinien, die in Rudow verkehren. Am 15.11.2008 wird am U-Bahnhof Rudow mit einer Auftaktveranstaltung aufgerufen, ein öffentliches Signal für ein respektvolles Miteinander zu setzen. Frau Vonnekold unterstreicht noch einmal diesen Aufruf und bittet die Mitglieder der BVV, auch in ihren Fraktionen für diese Initiative zu werben.

Vor dem Hintergrund der Initiative Rudow fragt Frau Karaaslan Frau Büttner nach deren Einschätzung zur Aufstellung einer Gedenktafel für die Opfer der NS-Zeit in Rudow. Frau Büttner kann das Risiko nicht einschätzen, in welchem Maß Sachbeschädigungen vorgenommen werden könnten. Allerdings ermuntert sie auch in Rudow zu öffentlichen Gedenken an die Vergangenheit.

Herr Becker bittet um rechtzeitige Zusenden der Informationsflyer, damit diese mindestens zwei Wochen vor den Veranstaltungen in den Einrichtungen verteilt werden können. Herr Ahrens schlägt vor, analog zu Veranstaltungen des Spandauer AWO-Kreisverbandes, an Neuköllner Schulen Lesungen des Stücks „Ich trug den gelben Stern“ von Inge Deutschkron zu organisieren.

zu 4 Auswertung des Präventionstages "Neukölln überwindet Distanz(en)"

Frau Neander beginnt den Bericht über den 3. Neuköllner Präventionstag mit einem historischen Abriss. Der Neuköllner Präventionstag am 01.10.2008 aktivierte die Teilnehmer Distanzen zu überwinden und zu mehreren Gruppen verschiedene Projekte und Angebote im Süden Berlins zu

besuchen. Nach der Rückkehr wurde über die besuchten Projekte berichtet und diese in die fünf Stufen der Schuldistanz eingeordnet.

Festgestellt werden konnte, dass Lehrkräfte bereits deutlich sensibilisiert sind. Für die Klassen 5 und 6 werden jedoch kaum entsprechende Angebote vorgehalten. Trotz der großen Vielfalt der Angebote enden viele erfolgreiche Projekte, weil für die Regelfinanzierung die Mittel fehlen. Deutlich stellte sich heraus, dass – obwohl in den vergangenen Jahren viel geschaffen wurde - bestehende Netzwerke personengebunden sind und stetig neu verknüpft und aufgebaut werden müssen.

Am 09.10.2008 fand dann der Berliner Präventionstag statt und langfristiges Ziel ist es, den Neuköllner und den Berliner Präventionstag zusammenzuführen.

zu 5 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Kindertagespflege

Herr Pade, Leiter des Bereichs Kindertagesbetreuung, korrigiert den Tagesordnungspunkt und berichtet über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kindertagesstätten. Die Kita-Gutschein-Stelle finanziert im Durchschnitt 10.000 Kita-Plätze im Bezirk. Das monatliche Finanzvolumen beträgt 6,4 Mio. Euro, das entspricht einem Jahresbudget von 75 Mio. Euro. Das Land Berlin finanziert alle Kinderbetreuungsplätze mit 740 Mio. Euro.

Zum regulären Platzgeld gibt es besondere Bedarfe, wie beispielsweise Migrationshintergrund, das Wohnen in einem Quartiersmanagementgebiet, sozialpädagogischer Förderbedarf, die weitere Zuschläge erfordern. Beim sozialpädagogischen Förderbedarf wird zwischen „A-Kindern“ (von Behinderung bedroht) und „B-Kindern“ (schwerstmehrfachbehindert) unterschieden. Die monatlichen Zuschläge für „A-Kinder“ betragen ¼ Stelle (884,- Euro) und für „B-Kinder“ ½ Stelle (1784,- Euro).

Zur Feststellung einer Behinderung muss das Kind im Gesundheitsamt dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) vorgestellt werden. Dieser entscheidet über Art der Behinderung und stellt eine Bescheinigung nach § 53 SGB XII aus. Diese Bescheinigung ist Voraussetzung, ob ein Zuschlag zu leisten ist. Das Verfahren dauert ca. 3 Wochen.

Von 10 wöchentlich eingehenden Bescheinigungen belegen 8 allgemeine Entwicklungsverzögerungen. Seit 2006 ist ein deutlicher Anstieg der Anzahl der „A-Kinder“ auch berlinweit zu beobachten. Bedauerlich ist es, dass diese Entwicklungsverzögerungen erst mit der Schuleingangsuntersuchung festgestellt werden. Herr Pade vermutet die begrenzten Personalkapazitäten im KJGD als eine Ursache.

Für den Anstieg entwickelt Herr Pade folgende Ansätze:

Das Einschulalter wurde von 6 Jahren auf 5 ½ Jahre herabgesetzt. Eine Zurückstellung ist grundsätzlich nicht mehr möglich, Ausnahmen (Befreiung von der Schulpflicht) gelten jedoch für Kinder mit A- und B-Status. In Rücksprache mit dem Bereich Schule ist immer wieder festzustellen, dass, nachdem der Förderbedarf festgestellt wurde, die Kinder ein Jahr lang weder die Schule noch die Kita besuchen und das Jahr häufig im Ausland verbringen.

Herr Ahrens sieht mit Blick auf die Vergangenheit deutliche Fortschritte bei der Förderung behinderter Kinder. Es haben sich eine stärkere Akzeptanz und eine bessere Versorgung entwickelt. Er sieht das Jugendamt in der Pflicht, der Diskrepanz von festgestellten A- und B-Kindern und tatsächlichen Kita-Kindern nachzugehen. Herr Pade informiert dazu, dass der Schulträger mit Bescheid über die „Rückstellung“ zur Auflage macht, dass das Kind zur Förderung eine Kita zu besuchen hat. Ein regelmäßiger Datenabgleich findet mit dem Schulträger statt.

Frau Zander bestätigt, dass in den letzten Jahren die Kinder zunehmend auffällig sind, daher bilden sich viele Erzieherinnen fort, um Eltern beraten zu können. Ihrer Erfahrung nach, lehnen viele Eltern die Feststellung eines Förderbedarfs ab und haben eher Interesse daran, ihre Kinder noch viel zeitiger einschulen zu lassen.

Frau Dr. Gallus-Jetter bestätigt, dass eine später beginnende Förderung deutlich höhere Kosten verursacht und sieht die Notwendigkeit, dass Entwicklungsverzögerungen deutlich früher festgestellt werden müssen. Für diese Aufgabe ist der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst mit den erforderlichen Personalmitteln auszustatten. Zusätzlich ist der Erfolg der flexiblen Schuleingangsphase zu evaluieren.

Herrn Khalil ist bekannt, dass Gerüchte Eltern verunsichern, die besagen, wenn bei Antragstellung auf einen Kita-Gutschein angegeben würde, dass in den Familien kein Deutsch gesprochen

wird, die Kinder dann aus den Familien genommen würden. Andere Gerüchte besagen, dass Anträge mit entsprechendem Kreuz bevorzugt bearbeitet würden. Frau Vonnekold bestätigt noch einmal, dass diese Angabe keine negative Auswirkungen für die Eltern hat, sondern der Förderung der Kinder zugute kommt.

Für die frühere Förderung betrachtet es Frau Vonnekold als falschen Ansatz, sich allein an den Kosten zu orientieren. Da die Weichen frühstmöglich gestellt werden sollten, bedauert sie, dass zurzeit anteilig immer noch weniger Kinder mit Migrationshintergrund die Kita besuchen, als es dem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Sie plädiert dafür, dass der Kita-Besuch verbindlich und spätestens mit 3 Jahren zur Pflicht wird. Die Erfahrung zeigt immer wieder: wenn Kinder schlecht vorbereitet eingeschult werden, verlieren sie schnell die Lust an der Schule. Ohne Unterstützung gleiten viele dann in die Schuldistanz ab.

Dazu berichtet Frau Dr. Gallus-Jetter über den Fortschritt zum Kinderschutzgesetz. Ziel ist es, die Quote der untersuchten Kinder zu erhöhen und eine regelhafte Vorsorgeuntersuchung zu installieren.

zu 6 Schulstationen Drucksache: 0824/XVIII

Herr Wagner bittet um folgende Textänderung:

„Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass die rechtlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um an allen Grundschulen Schulstationen einzurichten. ...“

Er begründet den Antrag und Frau Finger bittet um Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig mit der Textänderung beschlossen. Der Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur hat die Federführung.

zu 7 Mitteilungen

Mitteilungen der Stadträtin:

- Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Glietsch, zeigte öffentlich sein Unverständnis darüber, dass im Bezirk Neukölln nur anlassbezogene Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, insbesondere die Einhaltung des Alkoholausschankverbotes, durchgeführt werden sollen. Als Reaktion auf die Presseberichterstattung in den vergangenen Tagen hat das Bezirksamt Neukölln beschlossen, obwohl die anlassbezogenen Kontrollen zwischen den Abschnittsleitern der Polizei und dem Jugendamt abgestimmt waren, wöchentliche Kontrollen zusammen mit der Polizei zu organisieren. Kontrolliert werden sollen Örtlichkeiten, an denen Jugendliche mit Alkohol in Berührung kommen können oder in der Vergangenheit verzehrt haben. Im November beginnen die Kontrollen.
- In der Umsetzung des Einstellungskorridors hat sich eine neue Entwicklung von Seiten der Senatsfinanzverwaltung ergeben. Entgegen der klaren Absprachen in den zahlreichen Runden und im Rat der Bürgermeister über Quotensysteme zur Übernahme der ZeP-Mitarbeiter hat die Senatsfinanzverwaltung nun zur Auflage gemacht, dass erst nach Übernahme aller ZeP-Mitarbeiter in die Bezirke die Genehmigung für die Außeneinstellung ausgesprochen wird. In der 43. KW setzt sich daher die Arbeitsgruppe bestehend aus Bezirksstadträten, der Senatsfinanz- und der Senatsgesundheitsverwaltung erneut zusammen. Bisher wurde davon ausgegangen, dass mit Übernahme der zugeteilten Anzahl jeder Bezirk individuell mit seinen Außeneinstellungen beginnen kann. Die Außeneinstellungen verzögern sich nun solange, bis auch der letzte Bezirk seine ZeP-Mitarbeiter übernommen hat.
- Unter dem Motto „Schlechte Zeiten - Gute Zeiten“ präsentiert das Neuköllner Kinderbüro seine diesjährigen Projekte und die Ergebnisse der Kinder- und Jugendjury. Vom 30. Oktober bis 27. November 2008, Montag bis Freitag von 9:00 bis 15:00 Uhr, sind alle Neuköllner ab 10 Jahren, auch Schulklassen der Jahrgangsstufe 4 bis 6, zu der Herbst-Ausstellung ins Rathaus Neukölln, 2. Foyer eingeladen. Schwerpunkt der Mitmachaktion sind erneut die Kinderrechte. Im letzten Jahr wurde das Rathausfoyer zur Theaterbühne und unter dem Motto „Bühne frei! Für die Kinderrechte“ konnten die Kinder ihre Rechte erproben und beurteilen. In diesem Jahr wird die Theaterbegeisterung der Kinder wieder aufgegriffen und das Rathausfoyer zum TV Studio. Kinder können als Schauspieler und auch als faires Publikum aktiv werden. Am 29.10.2008 um 13.00 Uhr wird die Ausstellung feierlich eröffnet.

- Viele Eltern und auch Angehörige suchen immer häufiger Unterstützung, weil sich ihr Kind rechtsextrem orientiert oder bereits in rechtsextremistischen Organisationen aktiv ist. Die Veranstaltung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ am 10.11.2008 ab 16.00 Uhr richtet sich an betroffene Eltern und an Personen, die sich informieren möchten. Es wird fachlich über die Hindergründe des Einstiegs in die Szene informiert, und verschiedene Elterninitiativen sowie ein Selbsthilfeverein stellen sich vor.
- Die fachliche Koordinatorin Kindertagesbetreuung Frau Früh hat sich in die Altersteilzeit verabschiedet und am 15.10.2008 ihr Lebewohl in der Kita Uthmannstraße gefeiert. Frau Früh hat mit sehr viel Engagement die Nordneuköllner Kitas bei den Umstrukturierungen in den letzten Jahren begleitet. Neue Ansprechpartnerin wird Frau Durzynski sein.

Termine:

- In der Stadtvilla Global haben ab sofort Kinder die Möglichkeit, ihre Fahrräder unter fachkundiger Anleitung zu reinigen und zu reparieren. Die Fahrradwerkstatt ist im Zeitraum 17.10.2008 bis 19.12.2008 von Montag bis Freitag von 12.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.
- In den Herbstferien haben die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen wieder ein umfangreiches Programm zusammengestellt. Ausführliche Informationen findet man auf der Webseite www.neukoelln-jugend.de.
- In der Zeit vom 20.10.2008 bis 31.10.2008 ab 10.00 Uhr können Kinder im Alter von 7-13 Jahren sowie deren ganze Familie in der Stadtvilla Global den Computerführerschein erwerben. Eltern und Kinder lernen eine familienfreundliche und sichere PC-Nutzung für zu Hause. Der Kurs umfasst sechs Termine und die Gebühr beträgt 20,- Euro pro Familie.
- Vom 20.10.2008 bis 14.11.2008 können im Kinderclub und in der Schulstation Sternschnuppe im Rahmen eines Musikprojektes eigene CDs mit Kinderliedern hergestellt werden. Die Teilnehmer können die Arbeit im Tonstudio kennenlernen und auch das Cover selbst gestalten. Der Unkostenbeitrag beträgt 2,00 €.
- Die Geheimnisse der Elektrizität können in der Zeit vom 28.10.2008 bis 29.10.2008 jeweils ab 14.00 Uhr in der Jugendclub Feuerwache entdeckt werden. Anhand eines Wissensspiels werden physikalische Vorgänge und Phänomene einfach und verständlich erklärt. Es geht um verschiedene Bewohner unterschiedlicher Planeten, die auf der Suche nach neuen Energiequellen sind.
- Am 30.10.2008 um 11.00 Uhr organisiert die Wilde Rübe eine Betriebsführung bei Märkisches Landbrot mit Verkostung. Der Eigenbeitrag ist 0,50 € und Fahrgeld.

Frau Finger berichtet über den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Aktivierungshilfen. Nach Beschluss des Jugendhilfeausschusses in der letzten Sitzung hat sie sich schriftlich an die Arbeitsagentur in Nürnberg gewendet. Die Antwort auf ihr Schreiben verteilt sie den Mitgliedern des JHA zur Kenntnis.

zu 8 Nächste Sitzung: 6.11.2008

Die nächste Sitzung findet am 06.11.2008 statt. Themenvorschläge für das Jahr 2009 können im Büro der Stadträtin eingereicht werden.

Berlin-Neukölln, den 11. November 2008



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Saskia Könning
Protokoll